
Neue Westfälische vom 07.11.2017 , S. 3

Schub für die Gedenkstätte Stalag 326

Lenkungskreis: Landtagspräsident Kuper zieht eine positive Bilanz und würdigt die ehrenamtliche Arbeit.

Ein Symposium der Uni Bielefeld soll wissenschaftliche Erkenntnisse über das Lager vertiefen

Von Lothar Schmalen

Schloß Holte-Stukenbrock. Vertreter verschiedener politischer Parteien und Einrichtung in Ostwestfalen-Lippe haben beschlossen, bei der Weiterentwicklung der Dokumentationsstätte Stalag 326 in Stukenbrock zu einer Gedenkstätte von nationaler Bedeutung an einem Strang zu ziehen. Das hat NRW-Landtagspräsident André Kuper, der Vorsitzende eines neuen Lenkungskreises für die Gedenkstätte, nach der ersten Sitzung des Gremiums erklärt. Unter der Koordination des Landtagspräsidenten soll nun zunächst ein Gesamtkonzept für die Gedenkstätte erarbeitet werden.

Ein erster wichtiger Schritt ist die weitere wissenschaftliche Aufarbeitung der Geschehnisse auf dem Gelände in Stukenbrock. Für das kommende Jahr ist ein großes wissenschaftliches Symposium an der Universität Bielefeld unter Leitung des Historikers Thomas Welskopp in Zusammenarbeit mit dem Förderverein Stalag 326 geplant. Mit der Nutzung des ehemaligen Lager-Areals als Heimstatt für Flüchtlinge aus dem Osten des ehemaligen Deutschen Reiches (Sozialwerk Stukenbrock) soll sich außerdem ein Workshop befassen, den das Landeskirchliche Archiv der Evangelischen Kirche von Westfalen organisieren werde, berichtete Kuper weiter.

Der Landtagspräsident würdigte im Gespräch mit dieser Zeitung das leidenschaftliche ehrenamtliche Engagement des Fördervereins Stalag 326 um dessen Vorsitzenden Manfred Büngener und Geschäftsführer Oliver Nickel. "Ohne diese langjährige Arbeit wäre die Erinnerung an das Schicksal der Tausenden von sowjetschen Soldaten längst verblasst", so Kuper. Der Förderverein und dessen ehrenamtliche Mitarbeiter müssten deshalb "auf jeden Fall" in die Weiterentwicklung der Gedenkstätte eingebunden werden.

Dem Lenkungskreis gehören auch Staatssekretär Klaus Kaiser (CDU) aus dem NRW-Kulturministerium an, das die Dokumentationsstätte in Stukenbrock zurzeit mit 85.000 Euro fördert. Der Lenkungskreis geht davon aus, dass der Landeszuschuss für die Gedenkstätte weiter steigt. Nahziel ist es, die bisherige halbe Geschäftsführungsstelle in der Dokumentationsstätte auf eine ganze Stelle auszuweiten. Außerdem will die Regionalstelle des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge ihre pädagogische Arbeit in Ostwestfalen-Lippe künftig von Stukenbrock aus koordinieren. Das habe die Regionalvorsitzende des Volksbundes, Regierungspräsidentin Marianne Thomann-Stahl, zugesagt, berichtete Kuper. Thomann-Stahl gehört ebenfalls dem Lenkungskreis an.

Die Initiatoren setzen allerdings auch auf weitere Mittel von Land und Bund. Güterslohs Landrat Sven-Georg Adenauer (CDU) sagte zu, der Kreis Gütersloh werde prüfen, inwieweit für die Gedenkstätte 326 auch Gelder der Regionale 2022, für die OWL den Zuschlag des Landes NRW erhalten hat, genutzt werden können. Geklärt werden muss auch noch, wer der Träger einer großen Gedenkstätte in Stukenbrock werden soll. Der FDP-Landtagsabgeordnete Stephen Paul (Herford), brachte den Landschaftsverband Westfalen-Lippe als Träger ins Gespräch. Paul, der ebenfalls Mitglied im Lenkungskreis ist, war bis zu seiner Wahl in den Landtag im Mai dieses Jahres lange Jahre Sprecher der FDP-Fraktion in der Landschaftsversammlung in Münster.

Weil bei der wissenschaftlichen Aufarbeitung und der späteren Dauerausstellung auch die Nachnutzung als Flüchtlingsheimstatt für ehemalige Ostdeutsche berücksichtigt werden soll, seien auch Zuschüsse des NRW-Flüchtlingsministeriums denkbar, sagte der frühere Landtagsabgeordnete Günter Garbrecht (Bielefeld), der für die SPD im Lenkungskreis sitzt.

Der Lenkungskreis will sich bereits Anfang Januar zu einer zweiten Sitzung treffen.